

Aktuelle Entwicklungen auf Bundesebene

Ausschuss für Arbeit, Soziales, Senioren und Gesundheit
am 20.11.2023



Stand: 15.11.2023

Inhaltsübersicht

I. Haushaltsfinanzierungsgesetz

- Einsparungen im SGB II durch
 - a. Zuständigkeitsverlagerung im U25-Bereich
 - b. Veränderungen im Reha- und FbW-Bereich

II. Bundeskindergrundsicherungsgesetz

- Bündelung von Leistungen zur Familienförderung

III. Vermittlungsoffensive

- Integrationsturbo des BMAS / Vermittlungsoffensive NRW



I. Haushaltsfinanzierungsgesetz

Haushaltsfinanzierungsgesetz

- Haushaltsfinanzierungsgesetz als Ergänzung zum Regierungsentwurf für den Haushalt 2024 und den Finanzplan bis 2027
- „Rückkehr zur finanzpolitischen Normalität“ durch geplante Einhaltung der Schuldenbremse (nach drei Krisenjahren)
- Mit dem Gesetz sollen Maßnahmen in verschiedenen Bereichen umgesetzt werden
 - Ziel dieser Maßnahmen: erhebliche Einsparungen

Haushaltsfinanzierungsgesetz – Änderung U25-Bereich

Kritikpunkte, u.a.

- Verlust etablierter Betreuungsstrukturen (insbes. für junge Menschen mit komplexen Problemlagen)
- Verlust vernetzter Strukturen und kommunaler Stärke
- Einsparung von Steuergeldern zulasten der Beitragszahlungen von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
- Betreuungsstrukturen der BA müssten erst aufgebaut werden (bisher „Komm“-Struktur)



5

Haushaltsfinanzierungsgesetz – Änderung U25-Bereich

Maßnahmen gegen die geplante Änderung im U25-Bereich

- Deutliche Kritik von verschiedenen Stellen
- Verschiedene Protestaktionen, z. B. „U25-Reform die rote Karte zeigen“

Auch vom Jobcenter Kreis Coesfeld:

- Anschreiben und Austausch mit MdB und MdL sowie weiteren Stellen
- Resolution des Kreistages



DLT (2023): Jobcenter zeigen U25-Reform die rote Karte [Jobcenter zeigen U25-Reform die rote Karte – Deutscher Landkreistag \(DLT\)](#)

6

Tag der kommunalen Jobcenter in Berlin



Haushaltsfinanzierungsgesetz – Reha & FbW

Überarbeitung des Vorschlages

- Änderungsvorschlag des BMAS vom 28.09.2023
 - Kein Rechtskreiswechsel U25 vom SGB II ins SGB III
 - Verlagerung der Beratungs- und Finanzhoheit der Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW) und der beruflichen Reha zur BA

Haushaltsfinanzierungsgesetz – Änderungen Reha & FbW

Kritikpunkte, u.a.

- Zusammenspiel mit Kindergrundsicherung unklar (junge Menschen, die Kindergrundsicherung erhalten, sind keine eLB im Sinne des SGB II mehr → Leistungen zur beruflichen Eingliederung durch das Jobcenter somit fraglich)
- Zu hohe EGT-Kürzung im Vergleich zur Einsparung durch Aufgabenverlagerung
- Praktische Umsetzungsfragen (z. B. bei Weiterbildungen mit geringer Dauer) und –sorgen (Personen können verloren gehen)
- Neue Schnittstellen mit der BA



9

Bundeskindergrundsicherungsgesetz



Bundeskindergrundsicherungsgesetz

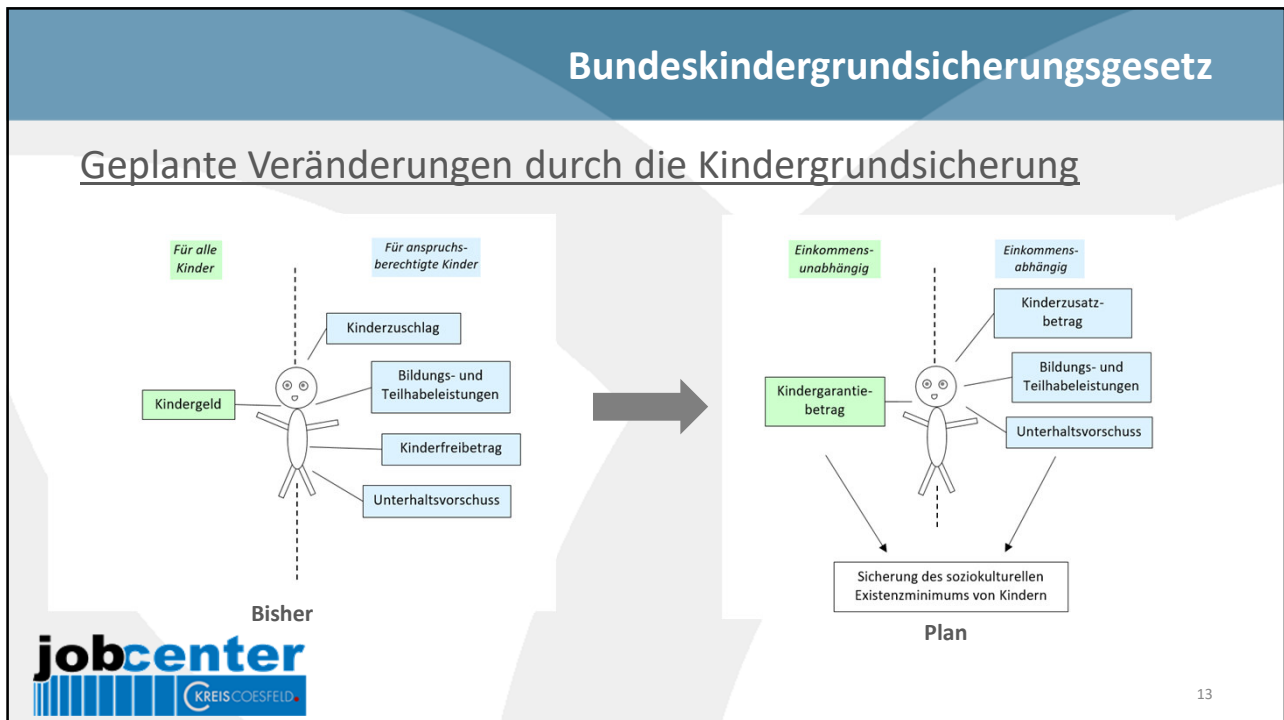
Ziele der Kindergrundsicherung

- Kinderarmut bekämpfen und das Risiko dafür verringern → Chancen verbessern
- Bündelung der Leistungen → einfachere Beantragung; mehr Familien erreichen
- Bedarfsgerechte Hilfe

Bundeskindergrundsicherungsgesetz

Geplante Umsetzung der Kindergrundsicherung

- Umsetzung ab 2025 (geplante Mehrausgaben i. H. v. 2,4 Milliarden Euro)
- Zuständigkeit soll bei der Familienkasse (dann sog. Familienservice) liegen, damit Bundesagentur für Arbeit
- Digitale Verfahren



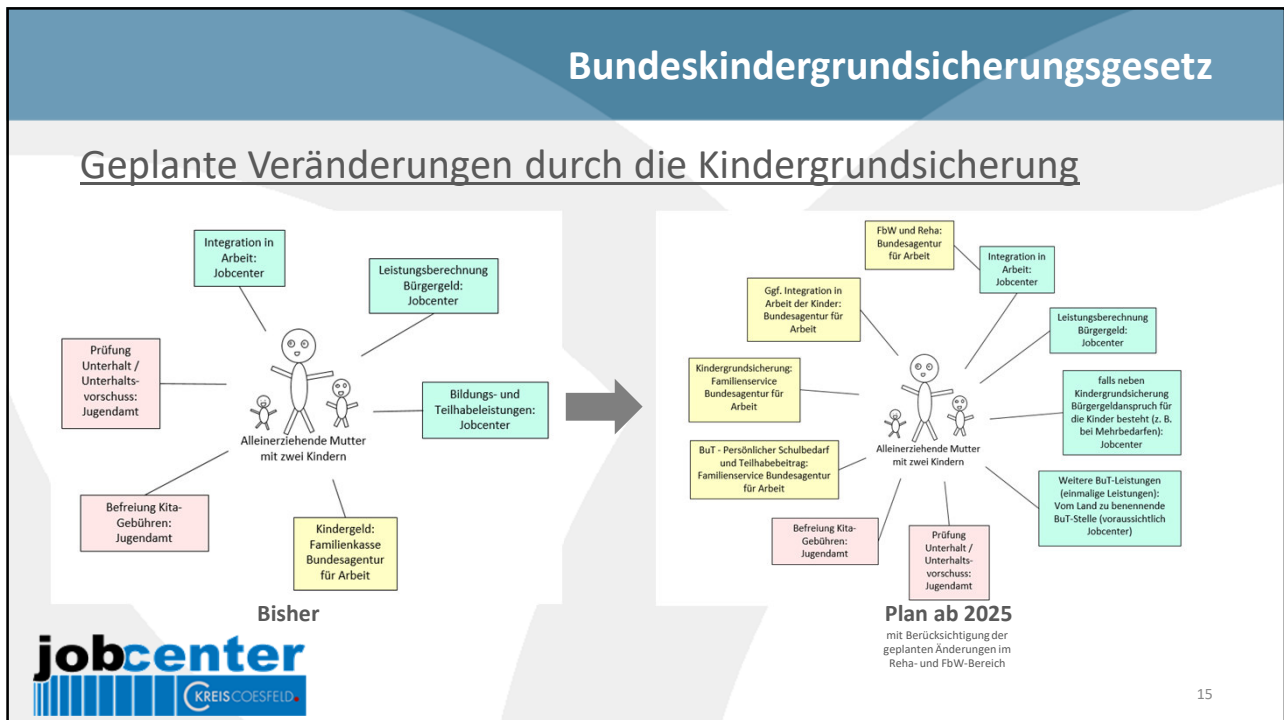
Bundeskindergrundsicherungsgesetz

Stand des Gesetzgebungsverfahrens / Kritikpunkte

- 1. Lesung im Bundestag am 09.11.2023
- Expertenanhörung im Ausschuss für Familien, Senioren, Frauen und Jugend am 13.11.2023
 - Umsetzung ab 01.01.2025 laut BA nicht realistisch (frühestens 01.07.2025)
 - Aktuell rund 100 Standorte der Familienkasse - im Gegensatz dazu ca. 1.000 Standorte der Jobcenter
 - Verkomplizierung des Systems und hohe Kosten

jobcenter KREIS COESFELD

14



Vermittlungsoffensive

Hintergrund

- Pressekonferenz von Minister Heil am 18.10.2023
- Zu wenige Geflüchtete (insb. der ukrainischen Geflüchteten) seien erwerbstätig
- Integrationsturbo: „Integrationsverläufe für Geflüchtete (...) beschleunigen“ durch Vermittlung in den Arbeitsmarkt
- Sonderbeauftragter für Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten: Daniel Terzenbach



DLT (2023): BMAS-Initiative zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten, Anlage 1

17

Vermittlungsoffensive

Elemente des Integrationsturbos



DLT (2023): BMAS-Initiative zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten, Anlage 1

18

Vermittlungsoffensive

Umsetzung des Integrationsturbos in NRW

- Bei gE: Umsetzung mit fachlicher Weisung der BA
- Bei zKT: Besprechung mit Minister Laumann am 23.10.2023
- Umsetzung durch „Vermittlungsoffensive NRW“
- aktuell: weitere Bearbeitung auf Landesebene; ggf. Erlass / Weisung MAGS
- erwartete Maßnahmen:
 - Erhöhung der Kontaktdichte
 - Priorisierung von Leistungsbeziehenden
 - Integration vor Qualifizierung
 - Akquise von Arbeitgebern, z.B. für Beschäftigung von Geflüchteten mit geringen Sprachkenntnissen

Vermittlungsoffensive

Kritikpunkte / Schwierigkeiten

- Mit dem Bürgergeld eingeführter Qualifizierungsvorrang wird aufgelöst → Vermittlungsvorrang für Geflüchtete
- Keine zusätzlichen Mittel im EGT oder VKT für zusätzlichen Aufwand (u.a. erhöhte Kontaktdichte)
- AG-Gewinnung

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Quellen

- BFM (2023): [Bundesfinanzministerium - Fragen und Antworten zum Haushaltsfinanzierungsgesetz](#)
- DLT (2023): Rundschreiben Nr. 470-23
- DLT (2023): Jobcenter zeigen U25-Reform die rote Karte [Jobcenter zeigen U25-Reform die rote Karte – Deutscher Landkreistag \(DLT\)](#)
- Kreistag Coesfeld (2023): Resolution zum Erhalt bewährter Strukturen vom SGB II
- LKT (2023): Rundschreiben-Nr. 0652/23
- BMFSFJ (2023): Die Neue Kindergrundsicherung – eine Leistung für alle Kinder. [BMFSFJ - Die neue Kindergrundsicherung - eine Leistung für alle Kinder](#)
- DLT (2023): BMAS-Initiative zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten
- BMAS (2023): Schneller in den Job [Schneller in den Job | Bundesregierung](#)
- Darstellungsgrundlage Folie 15: Vorlage vom Landkreisamt Ostalbkreis